

10 Jahre »reformasi«

Die Parteienlandschaft in Indonesien

Vor knapp zehn Jahren entstanden fast über Nacht mehr als 100 neue politische Parteien in Indonesien. – Der Autor zieht eine Bilanz.

Mathias Diederich

Diktator Suharto war nach über dreißig Jahren zurückgetreten. Sein Nachfolger Habibie machte mit der Demokratisierung des Landes Ernst, obwohl er Suhartos Ziehkind war und ihm lange als Minister und schließlich als Vizepräsident gedient hatte. Unter Suharto war die regierende GOLKAR, die sich offiziell gar nicht Partei nannte, stets tonangebend gewesen. Sie erhielt laut offizieller Ergebnisse bei den Parlamentswahlen 1997 rund drei Viertel der Stimmen. Hinzu kamen als demokratisches Feigenblatt die säkular-national eingestellte *Partai Demokrasi Indonesia* (PDI) und die islamische PPP (*Partai Persatuan Pembangunan* = Vereinigte Entwicklungspartei). Beide waren Zwangszusammenschlüsse einer größeren Anzahl von Parteien, die Suharto 1973 herbeigeführt hatte.

Interessanterweise existierten diese drei Parteien nach Suhartos Rücktritt weiter, obgleich sie in der Euphorie der Demokratisierung wie ein Relikt aus einer un-

aufgeklärten Zeit wirkten. Die GOLKAR schien als willfähriges Instrument Suhartos für viele Wähler zunächst völlig indiskutabel. Die Blockpartei PPP – und bis zu einem gewissen Grad auch die PDI (-P) – mussten sich im demokratischen Aufbruch fragen lassen, warum sie am Gängelband der GOLKAR bei der »Komödie der indonesischen Demokratie« mitgespielt hatten. Als ich Indonesien im Herbst 1998 besuchte, herrschte im PPP-Hauptquartier deshalb Orientierungslosigkeit, während die neu gegründeten Parteien eine ungemein positive Aufbruchstimmung verbreiteten. Gerade der politische Islam fühlte sich von seinen Fesseln befreit, zumal im neuen Parteiengesetz nicht mehr vorgesehen war, dass sich die Par-

teien auf die indonesische Staatsphilosophie *Pancasila* als alleinige ideologische Basis festlegen mussten. Unter Suharto war die *Pancasila* immer mehr dazu missbraucht worden, politische Aktivitäten Andersdenkender massiv einzuschränken: Die Regierung beanspruchte die Deutungshoheit in der Frage, was *Pancasila*-konform war. Nach ihrer Lesart schloss die *Pancasila* Kritik an der Regierung sowie Bestrebungen zur Einführung der Scharia aus.

Segen und Fluch der Netzwerke

Die drei etablierten Parteien überlebten vor allem dank ihrer hervorragenden landesweiten Netzwerke, welche die meisten übrigen Parteien bis heute nicht in gleicher Weise entwickelt haben. Die GOLKAR hat gerade außerhalb Javas in der Beamtenschaft über lange Zeit Seilschaften und Pfründesysteme gebildet. Aber auch die PPP und die PDI(-P) verfügten über eine vergleichsweise solide Parteistruktur und konnten ohne Mühe die Auflagen der indonesischen Wahlkommission erfüllen, die ausreichende Präsenz der Parteien in den unterschiedlichen Provinzen des Landes vorsieht. Gleichzeitig hatten GOLKAR, PPP und PDI(-P) zumindest bei der ersten Wahl 1999 den Vorteil, dass sie den Wählern bereits bekannt waren, während die vielen neuen Parteien in kurzer Zeit ein Profil gewinnen mussten. Zur Parlamentswahl 1999 wurden 48 Parteien zugelassen, die sich oft nur schwer auseinander halten ließen. Gerade die islamisch geprägten Parteien machten sich gegenseitig die Wähler streitig. Kein Wunder, dass PPP und GOLKAR zusammen über 33 Prozent der Stimmen erhielten.

Die PDI beschritt einen Sonderweg: Sie teilte sich in PDI und PDI-P. Aber die PDI-P war viel mehr als eine Splitterpartei. Sie war eine Neugründung der ehemaligen PDI-Vorsitzenden Megawati Soekarnoputri, die Suharto 1996 gewaltsam aus der PDI-Zentrale verjagt hatte, weil sie es gewagt hatte, ihm die Stirn zu bieten. Nach Suhartos Rücktritt waren

die meisten ehemaligen Anhänger der Partei zur PDI-P übergewechselt und hatten die alte PDI zur Bedeutungslosigkeit verurteilt. Megawati galt in Indonesien als Kopf der Demokratiebewegung. Ihre PDI-P erhielt dafür bei den Parlamentswahlen 1999 mit über 33 Prozent der Stimmen 11 Prozent mehr als jede andere Partei.

Selbst im Jahr der schwer erkämpften Demokratie, bei den Parlamentswahlen 1999, blieb also nur ein Drittel der Stimmen für die viel bejubelten, ganz neu gegründeten Parteien übrig. Und auch die erfolgreichsten unter ihnen, die PKB (*Partai Kebangkitan Bangsa* = Nationale Erweckungspartei) und die PAN (*Partai Amanat Nasional* = Nationale Mandats Partei), profitierten von starken institutionellen Anbindungen: Die PKB, drittstärkste Partei 1999, war ein Kind der islamischen Massenorganisation *Nahdlatul Ulama* (NU). Ihr Vorsitzender, Abdurrahman Wahid, zwischen Dezember 1999 und Mitte 2001 sogar Staatspräsident, war das Zugpferd der Partei. Die PAN wiederum gab sich zwar ganz säkular, ihr Vorsitzender Amien Rais spannte aber geschickt den Apparat der *Muhammadiyah*, der traditionellen Gegenspielerin der NU, für seine Zwecke ein. Dabei machte er sich die Tatsache zunutze, dass er selbst bis kurz vor den Wahlen noch Vorsitzender der *Muhammadiyah* gewesen war.

PKB und PAN nutzten ihre enge Verbindung mit NU und *Muhammadiyah*, konnten sich aber gerade deshalb zu wenig eigenständig entwickeln. Vielmehr waren beide Parteien in den zehn Jahren seit ihrer Gründung heftigen Zäsuren ausgesetzt. In der PKB kam es zu einem geradezu absurden Mechanismus: Um fortschrittliche Parteipositionen, bei Frauenfragen, durchsetzen zu können, wurden konservative religiöse Führer der NU mit interessanten Posten in der PKB entschädigt. Die PKB spaltete sich in zwei Flügel, die gerichtlich um die Führung der Partei stritten. Der ruhmlose Abgang Abdurrahman Wahids als Präsident und sein ständiger Kleinkrieg mit seinem Bruder Saladuddin Wahid verschlimmerten die Lage zusätzlich. Die PAN hingegen blutete personell stark aus, weil viele den Spagat zwischen säkularer Partei und der islamischen *Muhammadiyah* als Hausmacht unglaublich fanden.

Katzenjammer nach der Wahl 1999

Nach den Wahlen 1999 setzte bei fast allen Parteien eine gewisse Ernüchterung ein. Es gab keine Kopie des Wahlergebnisses von 1955, als sich eine nationalistische, eine kommunistische und zwei unterschiedlich ausgerichtete islamische Parteien mit Stimmanteilen von jeweils ca. 20 Prozent gegenseitig blockierten. Eine solche Konstellation war zwar befürchtet worden, aber schon angesichts des nach wie vor bestehenden Verbots für kommunistische Partei-

en gar nicht möglich. Wie damals aber schaffte es keine der Parteien, sich entscheidend durchzusetzen. Gerade die islamischen Parteien waren bitter enttäuscht.

Nach der »*pesta demokrasi*«, dem »Fest der Demokratie«, das die Wahlen darstellen sollten, setzte schnell Katerstimmung ein. Die Parteien merkten, dass kontinuierliche Basisarbeit beschwerlich und teuer ist und vielfach nur auf lange Sicht Veränderungen in der Wählergunst herbeiführt. Die Wähler ihrerseits erwarteten eine schnelle Bewältigung vor allem der wirtschaftlichen Probleme, welche die Suharto-Regierung und die Asienkrise hinterlassen hatten. Gerade angesichts der bunt zusammen gewürfelten Regierungskoalition und politischer Unerfahrenheit der neuen Volksvertreter erfüllten sich ihre Hoffnungen nicht.

Die meisten der 48 Parteien, die sich 1999 zur Wahl gestellt hatten, mussten sich laut Wahlgesetz auflösen, weil sie die zwei Prozent-Hürde nicht geschafft hatten. Sie traten häufig mit leicht verändertem Namen zur Wahl 2004 wieder an, wie etwa die stark islamisch geprägte *Partai Keadilan* (PK). Sie hatte ihre Anhänger zunächst vor allem unter den scheinbar unpolitischen Dakwa-Aktivisten der Suharto-Zeit rekrutiert und 1999 noch weltfremdromantisierend die Wiedereinführung des Kalifats angestrebt.

Durch den Misserfolg 1999 ließ sich die PK jedoch nicht entmutigen. Anders als die meisten ihrer Schicksalsgenossen brachte sie, die nun als *Partai*



Keadilan Sejahtera (PKS) firmierte, die notwendige Beharrlichkeit und Einsatzbereitschaft auf, um Wähler über längere Zeit an sich zu binden. Dies geschah vor allem über das Einfordern eiserner Disziplin in den eigenen Reihen und ein Schneeball- bzw. Pyramidensystem bei der Rekrutierung von neuen Mitgliedern.

2004: Wahlgewinner mit sehr unterschiedlichem Profil

Die PKS trat zur Wahl 2004 bereits mit stärker indonesienspezifischen Themen an und traf mit der Geißelung der Korruption den Nerv der Wählerschaft. Für manche Wähler, vor allem in den Städten, wirkte sie in dieser Hinsicht offenbar glaubwürdiger als andere Parteien. Ferner vermochte die PKS durch aktive Nachbarschaftshilfe zu überzeugen. Sie war etwa bei den zahlreichen Flutkatastrophen zur Stelle, wenn

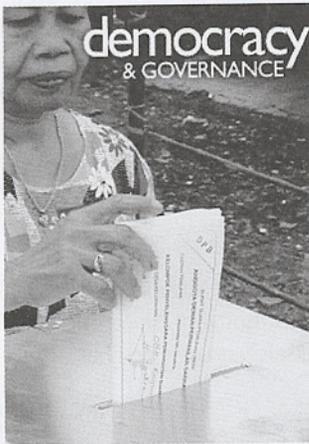


Der Autor ist Associate Professor an der University of Khartoum und verfolgt die Entwicklung des politischen Islam in Indonesien seit den 1990er Jahren.



staatliche Organe versagten. Solche Aktivitäten sind in vielen islamischen Bewegungen und Parteien weltweit verbreitet und finden unter indonesischen Parteien selbst bereits Nachahmer. Gerade weibliche Mitglieder treten in der Sozialarbeit besonders hervor.

Die PKS scheint auch zu einer Art Marsch durch die Institutionen angetreten zu sein. Ihre Vertreter sicherten sich nach den letzten Wahlen prestigeträchtige Positionen auf nationaler Ebene. Sie zielen auch darauf ab, in der Muhammadiyah und der NU an Einfluss zu gewinnen und so langfristig eine starke Machtbasis zu bekommen. Aber ihre Arbeit in den Regionalparlamenten ist noch aufschlussreicher: Dort versucht die PKS, zum Teil erfolgreich, Gesetze durchzubringen, die ihrem Verständnis von einer islamischen Gesellschaftsordnung entsprechen. Aus diesen Vorstößen ergeben sich zum Beispiel für Frauen Beschränkungen in der Bewegungsfreiheit nach



Quelle: Archiv

Einbruch der Dunkelheit. Selbst erwerbstätige Frauen, die etwa zur Nachtschicht in einer Fabrik gehen, stehen nun unter permanentem Rechtfertigungszwang, wenn sie ohne Begleitung eines nahen Verwandten zu nächtllicher Stunde unterwegs sind. Hier prallen archaische Vorstellungen der PKS und ökonomische Realitäten des 21. Jahrhunderts aufeinander. Weniger archaisch ist allerdings die Vorgehensweise der PKS und einiger anderer islamischer Parteien: Da sie häufig in anderen Fragen Mehrheitsbeschaffer in den Regionalparlamenten sind, können sie sich die Abhängigkeit der Provinzgouverneure für ihre Zwecke zu Nutzen machen. Hier liegt ein Paradigmenwechsel vor: Einige islamische Parteien hatten zunächst auf nationaler Ebene vergeblich versucht, die Jakarta Charta einzuführen, die es den muslimischen Bürgern Indonesiens vorschreiben sollte, nach islamischen Prinzipien zu leben. Dies Vorhaben wurde offensichtlich vorläufig zurückgestellt.

So sehr ihre demokratische Grundhaltung auch bezweifelt werden muss: Wie die Ergebnisse der Wahlen des Jahres 2004 gezeigt haben, stellt die PKS eine Herausforderung für die übrigen Parteien dar. Manche Beobachter sehen in ihr sogar einen Katalysator für die weitere Demokratisierung des Landes und der Parteien selbst. Das bedeutet nichts anderes, als dass die anderen Parteien sich mehr anstrengen müssen: Sie zeigen häufig nur kurz vor den Wahlen Präsenz, machen sich zum Teil kaum die Mühe, ihre

Parteiprogramme zu überarbeiten, sind oft heillos zerstritten oder aber zu sehr von einer starken Führungspersonlichkeit abhängig, wie etwa die *Partai Demokrat* (PD): Sie verdankt ihre Existenz und ihren Wahlerfolg dem amtierenden Präsidenten Susilo Bambang Yudhoyono, der sie kurz vor dem Urnengang 2004 im Schnellverfahren aus der Taufe hob. Er brauchte diese neue Partei als Basis, um seine Anwartschaft auf die Präsidentschaft durch ein entsprechendes Ergebnis in den Parlamentswahlen zu belegen. Tatsächlich gelang es ihm, einen Teil der PDI-P-Wählerschaft mit zur PD herüber zu holen. Unter den 24 Parteien, die sich zur Wahl stellten, belegte sie aus dem Stand Platz fünf. Wie die PKS zählte sie zu den wenigen Gewinnern der letzten Wahlen.

Politische Kultur noch zu schwach

Eine hohe Meinung von ihren Parteien haben die meisten Indonesier nach zehn Jahren nicht. Es stellt sich das unbehagliche Gefühl ein, dass die indonesische Demokratie im Zeitraffer das durchlebt, wofür westliche Demokratien sehr viel länger brauchten. Zur Entwicklung einer echten politischen Kultur, die die Demokratie als Wert an sich versteht, ist es angesichts der vielen drängenden Probleme des Landes und der unseriösen Effekthascherei im politischen Geschäft noch nicht gekommen. Stattdessen ist bereits eine Demokratiemüdigkeit und Desillusionierung zu spüren. Dennoch versuchen immer wieder neue Parteien ihr Glück. Dabei berufen sich manche auf politische Vorväter, die die vielen Jungwähler höchstens aus dem Geschichtsbuch kennen.

Vielfach wird beklagt, dass die Arbeit der Parteien weiterhin von den NGOs gemacht wird, die während der Suharto-Zeit als Ersatzparteien fungierten. Dass der Rücktritt Suhartos inzwischen fast zehn Jahre zurück liegt, ist schon daran zu erkennen, dass kürzlich Stimmen laut wurden, die eine erneute »Vereinfachung«, sprich zahlenmäßige Begrenzung des Parteienspektrums, forderten. Die GOLKAR ist in dieser Sache eine der Vorreiterinnen. Suharto lässt auch nach seinem Tode grüßen.